

1. Mai 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

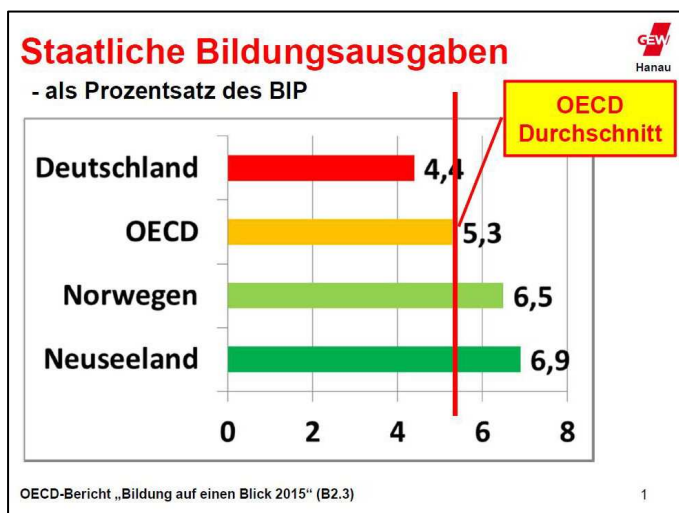
„Zeit für gute Bildung“ heißt es hier auf dem Plakat für den 1. Mai.

„Zeit für mehr Solidarität“ heißt das Motto des diesjährigen 1. Mai.

Zu beidem wollen wir aus Sicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – kurz GEW – etwas sagen.

Glaubt man der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die hessischen Schulen materiell und personell bestens ausgestattet, und die Lehrkräfte haben einen glänzend bezahlten Halbtagsjob.

Aus Sicht der GEW stellt sich das Ganze allerdings völlig anders dar.



Die Grafik zeigt beispielhaft, wieviel Staaten für die Bildung ausgeben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Kurzer Balken heißt, es wird wenig ausgegeben, deswegen rot. Der gelbe Balken zeigt den Durchschnitt, grüne Balken sind gut.

Die Zahlen stammen aus „Bildung auf einen Blick 2015“, einer Veröffentlichung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Der Balken von Deutschland ist tief rot, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Deutschland investiert weit unterdurchschnittlich. Das Bruttoinlandsprodukt von Deutschland betrug 2015 über 3 Billionen Euro. Daher bedeutet jedes Prozent davon sehr viel Geld!!

Um nur den OECD-Durchschnitt zu erreichen muss Deutschland 27 Milliarden mehr in Kitas, Schulen und Hochschulen investieren – und zwar jährlich!

Für einen Spitzenplatz wie Neuseeland müssen 75 Milliarden mehr investiert werden – jährlich!

Schlussfolgerung: Das deutsche Bildungssystem ist massiv unterfinanziert, liebe Kolleginnen und Kollegen

und klatscht da bitte nicht, denn hier sind Tränen angebracht!

Vielleicht liegt ja aber Hessen

wenigstens ganz weit vorne?

Schließlich spricht beispielsweise unser CDU-Landtagsabgeordneter Kasseckert von einer „bundesweit beispielhaften Personalausstattung“.

Ihr seht hier die Schüler-Lehrer-Relationen der Bundesländer in der Sekundarstufe 1. Lange Balken bedeuten viele Schülerinnen und Schüler kommen auf einen Lehrer. Lange Balken sind also schlecht. Tatsächlich hat Hessen einen der



längsten Balken, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat also im Ländervergleich fast die rote Laterne, liebe Kolleginnen und Kollegen. Müssten nicht hessische Lehrerinnen und Lehrer mehr Stunden unterrichten als in anderen Bundesländern, wäre Hessen auch bei der Zahl der Unterrichtsstunden ein Anwärter auf die rote Laterne. Die Zahlen stammten wieder nicht von uns sondern vom Deutschen Institut für pädagogische Forschung, das alle zwei Jahre einen Bildungsbericht herausgibt.

Trotz der schlechten Ausstattung werden ständig angebliche „Erfolge“ gefeiert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie geht das?

1. Beispiel:

Die Zahl der Intensivklassen und –kurse für die Deutschförderung wurde ausgeweitet und die Schulzeit im „Pakt für den Nachmittag“ ausgedehnt. Also, eigentlich ein Erfolg...

Wie hat man das gemacht?

Die Zahl der Unterrichtsstunden in Intensivklassen wurde gekürzt (von 28 auf 22 Wochenstunden).

Die bisher vorgesehene Zahl von 2 Förderstunden pro Grundschulklasse, vorher schon zu wenig, ist jetzt noch weiter zusammengestrichen worden.

Die Zuweisung für die gymnasiale Oberstufe wurde gekürzt.

Es wurden also an verschiedenen Stellen Stunden einfach weggestrichen, um die Zahl der Intensivklassen zu erhöhen und den Pakt für den Nachmittag auszudehnen.

2. Beispiel:

Einerseits brüstet sich das Ministerium und das Schulamt, dass im MKK allen Anträgen auf inklusive Beschulung stattgegeben werden konnte. Obwohl die Zahl der inklusiv zu beschulenden Kinder deutlich gestiegen ist.

Andererseits laufen Lernhilfeschulen wie die Adolf-Diesterweg-Schule und die Elisabeth-Schmitz-Schule aus. Andere folgen.

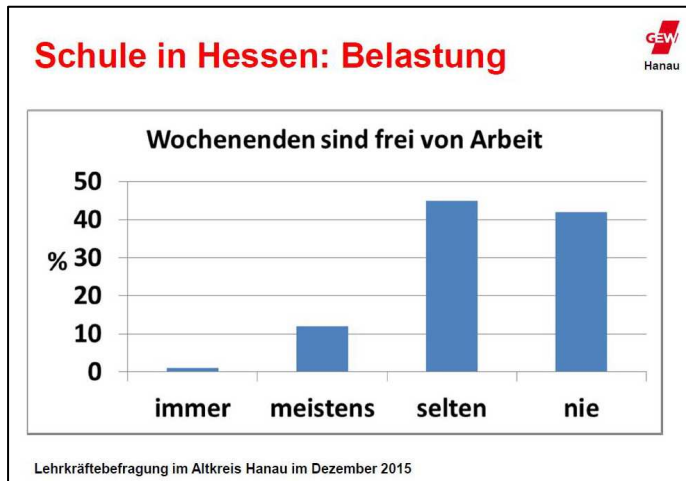
Wie hat man das gemacht?

Das Schulgesetz sieht eine Zuweisung von 4 Stunden pro festgestellten Förderanspruch vor. Diese 4 Förderstunden kommen aber bei weitem nicht bei den zu versorgenden Kindern an. Per Rundverfügung wurde vom Ministerium bestimmt, dass erst alle vorbeugenden Maßnahmen ausgeschöpft werden sollen und ein sonderpädagogischer Förderanspruch frühestens zu Beginn der 3. Klasse in Frage kommt. Selbes gilt für die 5. Klassen. Nur in Ausnahmefällen und bei ausgewählten Förderbereichen ist eine Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs in Klasse 1., 2. und 5. überhaupt möglich. Das spart natürlich Stunden und macht es möglich, die wenigen zur Verfügung stehenden Stunden, auf mehr Köpfe zu verteilen. Dass dadurch nicht ansatzweise die Menge der notwendigen Förderstunden bei den zu versorgenden Schülern und Schülerinnen ankommt wird verschwiegen. So kommt es dazu, dass kein Kind mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf tatsächlich im notwendigen Maße gefördert wird und sich bestmöglich entwickeln kann!

Das ist zwar völlig unverantwortlich gegenüber den Kindern, die die Förderung dringend benötigen – aber so lange kein Proteststurm losbricht, wird weiter so verfahren.

Fazit zur Schulpolitik in Hessen: Was vorne aufgebaut wird, wird hinten abgerissen. Zusätzlich wird den Kolleginnen und Kollegen immer mehr aufgebürdet.

Die Politik der Landesregierung ist auch verantwortungslos gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern. Denn die versuchen, die Probleme der Kinder wenigstens teilweise aufzufangen. Wir haben im Altkreis Hanau eine Lehrkräftebefragung durchgeführt, an der 500 Lehrkräfte teilgenommen haben.



Die Grafik zeigt das Ergebnis der Frage nach freien Wochenenden. Fast 90 Prozent der Lehrkräfte haben selten oder nie ein freies Wochenende.

Hessen hat die Tarifabschlüsse für die Arbeitszeit, aber auch das Gehalt, immer noch nicht auf die Beamtinnen und Beamten übertragen. Höchste Arbeitszeit bei möglichst geringem Gehalt, alles auf Kosten der Beschäftigten, das ist die Devise der Landesregierung.

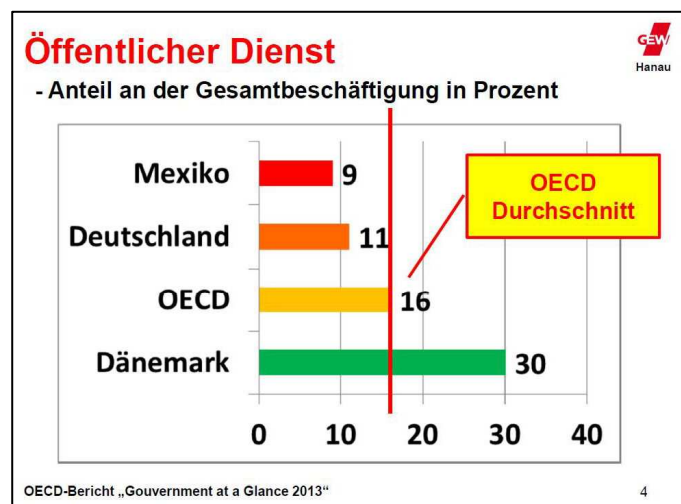
Landesregierung.

Wir haben dagegen gestreikt und werden uns auch weiter wehren!

Wir wollen hier aber nicht jammern, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn solche Probleme gibt es nicht nur im Bereich der Bildung.

Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist seit 1990 um etwa ein Drittel gesunken, obwohl der öffentliche Dienst auch vorher schon im internationalen Vergleich nicht aufgebläht war. Das hat Spuren hinterlassen.

Die Grafik zeigt am Beispiel einiger Staaten, wie groß der öffentliche Dienst im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigtenzahl ist. Die Zahlen stammen wieder von der OECD. Oben steht Mexiko, dann Deutschland, dann der OECD-Durchschnitt und unten Dänemark. Wir sehen, Deutschland hat einen viel kleineren öffentlichen Dienst als im OECD-Durchschnitt!



Um nur den OECD-Durchschnitt zu erreichen muss Deutschland 2,1

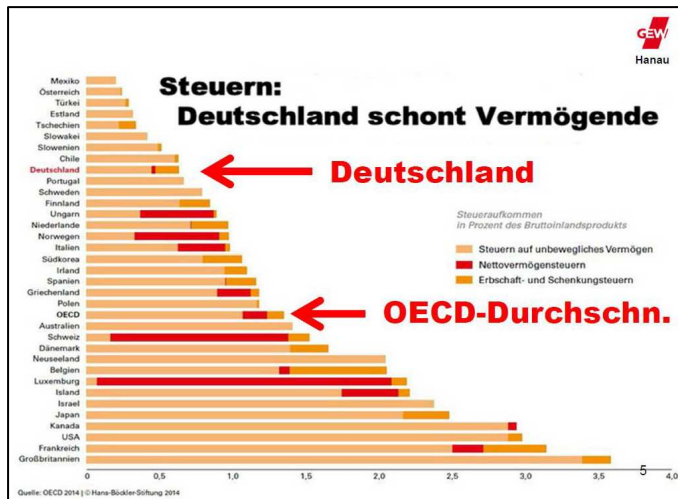
Millionen Menschen zusätzlich im öffentlichen Dienst einstellen! Die Arbeitslosigkeit wäre weg, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Für einen Spitzenplatz wie Dänemark muss Deutschland 7,9 Millionen Menschen zusätzlich im öffentlichen Dienst einstellen!

Wisst ihr, was das bedeutet, liebe Kolleginnen und Kollegen? Dann gäbe es endlich genügend Krankenschwestern, genügend Polizisten, genügend Kita-Plätze in kleinen Gruppen,

Förderung in den Schulen, und endlich keine Schlangen mehr in den Arbeitsämtern. Flüchtlinge müssten nicht mehr monatelang auf ihr erstes Gespräch warten und könnten sogar Deutschkurse besuchen, denn wir bräuchten sie dringend!!!

Utopie? Andere Staaten, die weit ärmer sind, machen es uns vor. Dann würden wir endlich aufhören, auch die anderen Staaten in eine Kosteneinsparspirale zu zwingen.



Dazu brauchen wir ein gerechtes Steuersystem! Die Grafik auf der Basis von OECD-Daten zeigt, wo Deutschland noch weit hinten liegt, nämlich bei der Besteuerung der Vermögenden.

Wir brauchen ein gerechtes Steuersystem liebe Kolleginnen und Kollegen! Starke Schultern dürfen sich nicht mehr drücken sondern müssen entsprechend ihrer Kraft tragen! Die Gewerkschaften haben hierzu viele Vorschläge gemacht.

Wir müssen auch „Spitze“ neu definieren.

Spitze ist nicht möglichst billig mit möglichst wenig Personal!

Spitze ist ausreichendes Personal überall da, wo es gebraucht wird mit vernünftigen Arbeitsbedingungen und vernünftiger Entlohnung.

Deswegen ist das Motto des ersten Mai richtig. Wir brauchen dringend mehr Solidarität! Die GEW würde es aber noch ergänzen:

„Zeit für mehr Solidarität. Solidarität statt Spaltung!“

Solidarität statt Spaltung brauchen wir, wenn wir etwas erreichen wollen. Deswegen arbeitet die GEW unter diesem Motto zusammen mit

- DGB – Main-Kinzig,
- IG-Metall Hanau-Fulda,
- Runder Tisch für menschenwürdiges und bezahlbares Wohnen,
- Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne,
- DKP – Main-Kinzig,
- kein mensch ist illegal, Hanau,
- Lampedusa in Hanau.

Weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter sind herzlich willkommen, denn es Zeit für mehr Solidarität. Solidarität statt Spaltung! Macht mit!

Wir danken euch für eure Aufmerksamkeit!